

eindämmen wollten, eher an einer starken Türkei gelegen als an einem unabhängigen Kurdenstaat am Rande der Sowjet-Union.

England und Frankreich unterstützten daher den prowestlichen, nationalistischen Türken-Führer Kemal Atatürk, dessen Militär Türkisch-Kurdistan nach einem Aufstand 1927 besetzte und bis zum Zweiten Weltkrieg zehn bis zwanzig Prozent der kurdischen Bevölkerung vernichtete.

„An dem Vorgehen der türkischen Zentralregierung hat sich bis heute

nichts geändert“, konstatiert Klemens Ludwig, langjähriger Sprecher der Gesellschaft für bedrohte Völker, in einem kürzlich erschienenen Sachbuch\*: Die Unterdrückung der Kurden dauere noch immer an. Ludwig: „Kurdischer Sprachunterricht ist ebenso verboten wie kurdische Publikationen, ja sogar Musikkassetten.“ Wer in Amtsstuben kurdisch spricht, muß mit Prügel rechnen.

In letzter Zeit hat sich der Kampf um Kurdistan noch verschärft. Nicht einmal Massenprozesse gegen rund 14 000 Auf-rührer, die von den regierenden Genera-

len nach dem Militärputsch 1980 betrieben worden waren und teils mit Todesurteilen endeten, haben den Freiheitsdrang des Bergvolkes stoppen können.

Und auch unter der 1983 gewählten Zivilregierung von Ministerpräsident Turgut Özal und seiner Mutterlandspartei hat sich am harten Kurs gegen die Kurden nichts geändert. Nach einer offiziellen Bilanz sind in den letzten beiden Jahren im Kurdenkrieg 150 Aufständische getötet worden, 100 Gendarmen und ebenso viele Zivilisten. Unter Özal wird gegen die Kurden sogar mächtiger

## England: Ende des freien Eintritts

London erschwert die Einreise für die Bürger aus fünf ehemaligen Kolonien

**A**rglos trottete der Amerikaner im Gedränge des Londoner Flughafens Heathrow hinter einer Gruppe anderer Reisender her und bestieg einen Bus, der ihn, wie er glaubte, zur Maschine nach New York bringen sollte.

Doch der Geschäftsmann fand sich nicht am Fuß der Flugzeugtreppe wieder, sondern im Einwandererlager Harmondsworth außerhalb des Airports, wo vor allem Reisende aus Afrika und Asien so lange interniert werden, bis die britischen Behörden geklärt haben, ob sie ins Land dürfen oder in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

Was für den rasch freigelassenen US-Bürger glimpflich endete, ist für die Betroffenen oft ein demütigendes Erlebnis. Denn die Beamten des britischen Innenministeriums versuchen durch Augenschein und Befragungen herauszufinden, ob die Reisenden tatsächlich, wie angegeben, zu einem Urlaub auf die Insel gekommen sind oder ob sie die Absicht haben, sich illegal auf Dauer niederzulassen.

Da Großbritannien kein Einwohnermeldesystem kennt und auch keine Personalausweise, können sich heimliche Immigranten in den Farbigen-Gettos der Großstädte leicht verstecken.

Allein in Heathrow, dem größten der vier Londoner Flughäfen, wurden vergangenes Jahr 22 000 Besucher zurückgeschickt, weil sie die Gesichtskontrolle durch die Einwanderungsbehörden nicht bestanden.

In diesem Jahr wurden die Warteschlangen vor den Paßkontrollen im Terminal 3 noch länger, weil die Sparpolitik der konservativen Premierministerin Margaret Thatcher die Zahl der Kontrollbeamten reduzierte, während zugleich der Andrang von Besuchern aus der Dritten Welt zunahm. Als die überlasteten Paßprüfer mit Streik drohten, beschloß die Regierung, unerwünschte Besucher schon vor Reiseantritt abzuschrecken:



Farbige in Großbritannien: Von Einwanderern überschwemmt?

Das Innenministerium kündigte vergangene Woche an, „in einigen Wochen“ könnten Bürger von Indien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria und Ghana nur noch mit gültigem Visum nach Großbritannien einreisen. Bis auf Pakistan sind sämtliche Staaten Mitglieder des Commonwealth, dem lockeren Bund ehemaliger britischer Kolonien, als dessen Vormacht sich London versteht.

Bislang hatte Großbritannien eine Politik des freien Eintritts praktiziert. Visa wurden nur von Besuchern aus kommunistischen Ländern und Libyen verlangt, seit einem Jahr wegen des Bürgerkriegs zwischen Tamilen und Singhalesen auch von Bewohnern Sri Lankas.

Damit die britischen Vertretungen in den fünf betroffenen Ländern die erwartete Mehrarbeit bewältigen können, sollen die Diplomaten um insgesamt etwa

250 Mann Personal verstärkt werden. Wahrscheinliche Gebühr für ein Visum: etwa 42 Mark.

Außenamt und Innenministerium streiten noch darüber, wer die neuen Maßnahmen bezahlen soll, die etwa 14 Millionen Pfund (etwa 42 Millionen Mark) jährlich kosten werden. Londons Chef-Diplomaten behaupten, dafür kein Geld zu haben.

Mit seinem Beschluß hatte sich das Londoner Kabinett über die Einwendungen von Außenminister Geoffrey Howe hinweggesetzt, der eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den betroffenen Ländern befürchtet. Weil Frau Thatcher sich beharrlich weigert, Sanktionen gegen Südafrika zuzustimmen, ist die Harmonie im Commonwealth ohnehin gestört.

mobil gemacht als zuvor. Einen Überfall militanter Rebellen, bei dem zwölf Soldaten und Zivilisten getötet wurden, beantwortete die Armee am 15. August mit einem Vergeltungsschlag: Ankaras Luftwaffe flog, mit Billigung der Regierung in Bagdad, Bombenangriffe auf Stellungen der Widerstandskämpfer jenseits der Grenze zum Irak.

Im Kampf gegen die kurdischen Separatisten, die bei vielen linken Intellektuellen Unterstützung finden und deren Organisationen grobenteils marxistisch-leninistisch geprägt sind, setzt die Özal-



**Kurden-Verfolger Atatürk:** Ein Fünftel der Bevölkerung vernichtet

Die fünf diskriminierten Staaten wurden Opfer einer Auseinandersetzung, die in der britischen Innenpolitik eine bedeutende Rolle spielt. Schon immer hatte sich Frau Thatcher für strengere Einreisekontrollen eingesetzt und 1979 im Wahlkampf behauptet, Großbritannien drohe von Einwanderern „überschwemmt“ zu werden.

Für den liberalen „Guardian“ steht fest, daß die Premierministerin mit dem Beschluß vor dem herannahenden konservativen Parteitag Stimmung bei den Tories für sich machen will.

Vor Wochen schon hatte der konservative „Daily Express“ mit einer zweiseitigen Reportage über den „Skandal der verschwindenden Einwanderer“ Alarm geschlagen.

Das Blatt behauptete, „Hunderte von illegalen Einwanderern“ schlichen ins Land, nachdem sie die Behörden als vermeintlich harmlose Touristen düpiert hätten.

Tatsächlich traten von den insgesamt 452 000 Bürgern der fünf Staaten, die im vergangenen Jahr nach Großbritannien kamen, nur 222 die Rückreise nicht an und suchten Unterschlupf im Lande. 20 von ihnen wurden noch im selben Jahr wieder gefaßt und abgeschoben.

Gleichwohl verschärften die Einwanderungsbehörden schon in diesem Jahr ihre Zulassungspraxis drastisch. In den ersten sechs Monaten verweigerten sie 6403 Reisenden aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria und Ghana die Einreise nach Großbritannien – im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es nur 3605 gewesen.

„Offenen Rassismus“ entdeckte denn auch der Schatten-Innenminister der oppositionellen Labour-Partei, Gerald Kaufmann, im Beschluß der Regierung, der sich nur gegen Angehörige farbiger Völker richtet.

Bürger aus den USA, Neuseeland, Kanada und Australien brauchen – ebenso wie Angehörige der EG-Mitgliedsländer – auch künftig kein Einreisevisum für die Insel. Selbst Südafrikaner sind jederzeit willkommen – ohne Sichtvermerk natürlich.

Regierung vor allem auf das Heer. Sondereinheiten, „Schwarze Käfer“ genannt, werden in einem Camp in der Nähe von Ankara für den Einsatz gegen die Bergrebellengruppen gedrillt und mit neuartigen Maschinengewehren ausgestattet – „Rambo-Waffen“, wie regierungsfreundliche Zeitungen meldeten.

Dazu haben die Machthaber in Ankara eine neue Taktik entwickelt. Um gemäßigte kurdische Dörfler für ihren Kleinkrieg gegen die militanten Separatisten einzuspanspannen, machen sie ihnen verführerische Versprechungen. So wurden Unternehmern und Arbeitern Steuerbefreiungen angekündigt, und 25 Pro-

zent zu lassen, beschaffen sich mit dem Regierungsgeld Landmaschinen, die sie an arme Bauern vermieten. Den schnell verschuldeten Mietern bleibt oft nichts anderes übrig, als dem Aga weiteres Land zu verkaufen oder noch mehr für ihn zu arbeiten.

Mit amtlichen Hetzparolen will die Regierung bei der Landbevölkerung Stimmung gegen die Freischärler machen. „Dieser Verräterbande, dieser Bande von Gottlosen mußt Du Einhalt gebieten“, läßt Ankara plakatieren. Den Separatisten soll mit einem „Reuegesetz“ ein Anreiz zum Überlaufen geboten werden: „Du bleibst am Leben, verbüßt eine kurze Strafe und verbringst den Rest Deines Lebens menschenwürdig.“

Am wirkungsvollsten war bislang ein Gesetz vom April vergangenen Jahres, das vorsieht, bei „ernsthaften Anzeichen eines gewalttätigen Angriffs vorübergehend einen Dorfschützer“ zu benennen und zu bewaffnen. Die von der Regierung eingesetzten und mit Schußwaffen ausgestatteten Protektoren, in der Regel vom Kreiskommandanten nach Absprache mit dem Aga auserwählt, steigen auf diese Weise rasch zum mächtigsten Mann im Orte auf.

Unter dem Druck solcher Dorfschützer sind bereits mehrere kurdische Bürgermeister zurückgetreten. Einer von ihnen ist Halef Atalan, 29, aus der 2000-Seelen-Gemeinde Bacin in der kurdischen Provinz Mardin. Der Dorfschulze ist im vergangenen Jahr mit seiner Frau

### „Abgründige Verachtung für die Teufelsanbeter“

zent der staatlichen Investitionen für private Unternehmungen sollen in den vernachlässigten Osten gepumpt werden.

Doch es scheint fraglich, ob die wirklich Notleidenden Nutznießer der staatlichen Hilfe sein werden. Bislang jedenfalls haben von solcher Entwicklungshilfe nur die kurdischen Großgrundbesitzer profitiert. Die „Agas“, die im Laufe der Jahrzehnte den Kleinbauern immer mehr Boden weggenommen haben, um sie dann als Landarbeiter für sich schuf-

\* Klemens Ludwig: „Bedrohte Völker. Ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten“. Verlag C. H. Beck, München: 174 Seiten; 17,80 Mark.